

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

(Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland)

BürgerInneninitiative Gegen Billiglohn Für Gleichbehandlung



Am 01. Oktober 2002 haben sich sozial engagierte BürgerInnen, Beschäftigte aus dem Bewachungsgewerbe, Friseurhandwerk und GewerkschafterInnen getroffen, um eine Bürgerinitiative gegen Billiglohn und für Gleichbehandlung zu gründen.

Jeder Mensch hat Anspruch auf ein Lebensstandard, mit dem die Gesundheit, das Wohlbefinden seiner Person und seiner Familie gesichert werden können, vor allem in Hinblick auf die Ernährung, der Kleidung, der Wohnung, der Gesundheitsversorgung und der notwendigen sozialen Leistungen; jeder hat Anspruch auf eine Versicherung im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Witwenstand, Alter oder in alle anderen Fällen von Verlust der Existenzgrundlage, die nicht aus eigenem Willen geschehen.

Die Mehrheit der Politik in unserem formal vereinten Land ist in einen Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Ungleich-

heit, Sozialverschleiß und fehlender Perspektiven versunken.

Die abhängig Beschäftigten in Thüringen nehmen unverändert seit Jahren in der Einkommensskala der Bundesrepublik den letzten Platz ein. Dadurch verfestigt sich der Zustand, dass Thüringen eine Niedriglohnregion ist.

Lohnunterschiede im Vergleich zu den alten Bundesländern von 40 – 60% zeugen von einem existenziellen und sozialen Notstand, wie man ihn im 13. Jahr der Wiedervereinigung nicht akzeptieren darf.

Die Nettorealeinkommen der BürgerInnen haben sich in den letzten sechs Jahren in einzelnen Branchen nicht nur nicht erhöht, sondern sind effektiv sogar gesunken.

In der Folge wird dadurch zusätzlich ihre soziale Sicherung erheblich geschwächt.

Das ist von Politikmehrheit und Wirtschaft gewollt mit der Begründung, dass damit mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies führt dazu, dass gerade in Zeiten ungelöster Arbeitsmarktprobleme und Wahlkampfzeiten regelmäßig arbeitsmarktpolitische Patentrezepte wie Pilze aus dem Boden schießen.

Armut trotz Arbeit?

Die Vorschläge der Hartz-Kommission sind dafür symptomatisch. Sie beinhalten im wesentlichen die Ausweitung der Billiglohnjobs durch Leiharbeitagenturen der Arbeitsämter, Förderung der Beschäftigung in Privathaushalten und Einführung der „Ich-AG“ und die Verschärfung der Beweislast für Arbeitslose. Das lehnen wir ab!

So wichtig Überlegungen und effektive Maßnahmen zur Beseitigung des andauernden Arbeitsplatzdefizits in der Bundesrepublik sind, sind sie nur ein Teil der prekären Situation der Menschen.

Es reicht nicht allein, nur Arbeitsplätze zu schaffen, wenn nicht bedacht wird, dass die Arbeit die Menschen auch in die Lage versetzen muss, ein Einkommen zu erzielen, das ihnen ein Auskommen ermöglicht.

Billiglohn-Allianz brechen – Arbeitsplätze schaffen

Um das unsoziale Bündnis der Billiglohn-Allianz, bestehend einerseits aus den Arbeitgebern, andererseits aber den Auftraggebern, zu brechen, haben sich Betroffene und Andere zusammengetan, um gemeinsam für Veränderungen einzutreten.

Das Einkommen im Bewachungsgewerbe, Friseur-, Bäcker und Fleischerhandwerk, Transportgewerbe, Reinigungskräften und anderen Branchen läuft auf eine Beraubung der Lebensgrundlage der Menschen hinaus.

Durch die Negierung des Anspruchs auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, tritt die unsoziale Allianz die Grundrechte mit Füßen.

Das wird sich nur ändern, wenn sich die Betroffenen gemeinsam mit sozialverantwortlichen BürgerInnen und Organisationen dagegen wehren.

Die Hoffnung der Menschen auf die Angleichung der Lebensverhältnisse an das Westniveau schwinden dahin. Resignation, Wut auf praktizierte Politik sind die Folge und werden für fremdenfeindliche Reaktionen benutzt.

Wir bitten sozialverantwortliche BürgerInnen, ob WissenschaftlerInnen, Theologen, PolitikerInnen, Künstler, Angestellte, ArbeiterInnen, RentnerInnen, Azubis oder GewerkschafterInnen, dazu beizutragen, dass die Ungleichbehandlung in diesem Land beseitigt werden kann, dass Menschen es sich wieder leisten können, am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen.

Wir brauchen eine starke außerparlamentarische Bewegung, die genug Druck auf die Wirtschaftsverbände und auf die Parteien ausübt, um den unterprivilegierten Menschen das zukommen zu lassen, was sie verdienen.

Wir brauchen eine grundlegend andere Politik, die nicht ausschließlich die Erfüllung von wirtschaftlichen Stabilitätskriterien verfolgt, sondern den Bedürfnissen der Menschen Rechnung trägt.

Das geschieht nicht von selbst. Wer sie will, muss aus der Zuschauerrolle heraustreten.

Wir brauchen eine Bewegung, die deutlich macht, dass soziale Gerechtigkeit und Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen keine Utopien sind.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein zu verwirklichender Anspruch eines jeden Menschen.

Aber sie müssen gewollt und erkämpft werden und zwar auch gegen die Politik, die den Abbau den Sozialstaates mit es Sachzwängen rechtfertigt und keine Alternativen zulässt.

Deshalb fordern wir:

Eine Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft, die ein Einkommen zum Auskommen ermöglicht.

- **Schluss mit der Billiglohnkonkurrenz auf dem Rücken der kleinen Leute**
- **Schutz der Tarifverträge durch ein Vergabegesetz für öffentliche Aufträge.**
- **Verbandsklagerecht zur Einhaltung der Rechte der ArbeitnehmerInnen.**
- **Gesetzliches Mindesteinkommen zum Auskommen in Höhe von mindestens 1500 Euro.**
- **Für eine Sozialpolitik, die Altersarmut abschafft**

Erstunterzeichner

Gabi Schwitalla, Vorsitzende des Personalrates der Stiftung Weimarer Klassik; Heike Schnependahl, Rechtsanwältin, Erfurt; Michael Ebenau, Gewerkschaftssekretär IG Metall Jena-Saalfeld; Rolf Düber, DGB-Gewerkschaftssekretär, Erfurt;